



CDU

Kommunalwahlprogramm

Bielefeld besser machen.





Inhalt

Vorwort	2
A. Wirtschaft und Arbeit.....	4
B. Finanzen und Personal	8
C. Stadtentwicklung und Verkehr	9
D. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit	17
E. Gesundheitsversorgung sichern	19
F. Schule und Bildung	20
G. Kultur	28
H. Sport.....	30
I. Digitalisierung	32
J. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz	39
K. Soziales	43
L. Kinder und Jugend	45
M. Stadtbezirke.....	48



Vorwort

Liebe Wählerinnen und Wähler, liebe Bielefelder.

Wie sieht Bielefeld im Jahre 2050 aus? Sind wir bis dahin die sichere Wissenschaftsstadt mit einer hervorragenden medizinischen Versorgung, genügend Wohn- und Geschäftsraum sowie einem leistungsfähigen Verkehr und das alles nachhaltig und fast emissionsfrei?

Dafür müssen wir in dem Corona-Jahr 2020 bei der kommenden Kommunalwahl am 13. September die Weichen richtig stellen.

Die CDU hat verdeutlicht, dass sie die Gesundheitspartei in Bielefeld ist: Die von uns initiierte Medizinische Fakultät für die Universität Bielefeld sowie unser Ansatz einer leistungsfähigen flächendeckenden Gesundheitsversorgung haben gezeigt, dass die CDU weiß, worauf es ankommt. Daneben gilt es, die Hochschulen auszubauen und den Wissenstransfer zur Wirtschaft zu verbessern.

Bielefeld als Oberzentrum von OWL braucht eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sowie ein Gesamtverkehrskonzept, welches sowohl ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte bündelt, sowie dabei auch zukunftsgewandt auf neue digitale Verkehrsmittel setzt. Konkrete ideologische Vorgaben lehnen wir ab.

Die CDU Bielefeld hat den Anspruch, dass alle Bielefelderinnen und Bielefelder sich überall in der Stadt sicher bewegen können. Unser Recht gilt für alle und an jedem Ort in unserer Stadt. Berüchtigte Angsträume wie die Tüte am Hauptbahnhof und den Kesselbrink darf es nicht mehr geben, außerdem muss das Ordnungsrecht konsequent angewendet werden.

Die Corona-Pandemie hat uns allen gezeigt, dass wir uns wirtschaftlichen Wohlstand hart erarbeiten müssen. Deshalb muss Wirtschaftspolitik in Bielefeld Chefsache sein, wenn es um Wirtschaftsförderung und Ausweisung von dringend notwendigen Gewerbeflächen geht. Jeder Arbeitsplatz in Bielefeld trägt zum Allgemeinwohl aller Bielefelderinnen und Bielefelder bei.

Schenken Sie der CDU Bielefeld und mir bei der Kommunalwahl am 13. September Ihr Vertrauen. Nur mit einer von der CDU geführten bürgerlichen Mehrheit und einem CDU-Oberbürgermeister können wir die Weichen für die Zukunft in Bielefeld richtig stellen.

Bielefeld besser machen



Wenn Sie Fragen, Ideen und Wünsche an mich haben, dann schreiben Sie mir. Unter nettelstroth@cdu-bielefeld.de würde ich mich über den Austausch mit Ihnen sehr freuen.

A handwritten signature in blue ink, reading 'Ralf Nettelstroth'.

Ralf Nettelstroth



A. Wirtschaft und Arbeit

Bielefelds Wirtschaft ist mittelständisch geprägt. In unserer Stadt befinden sich viele Unternehmen von Weltruf, die meisten davon sind familiengeführt. Die Bielefelder Unternehmen sind innovativ, schaffen Arbeitsplätze und leisten mit ihren gezahlten Gewerbesteuern einen entscheidenden Beitrag zu unserem Gemeinwohl. Die CDU ist Partner der Wirtschaft.

Wir wollen die nachfolgenden Rahmenbedingungen für alle Bereiche der Bielefelder Wirtschaft – Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen – verbessern und den Wirtschaftsstandort Bielefeld an die zukünftigen Herausforderungen anpassen.

A.1. Unternehmertum fördern

Das Funktionieren der Wirtschaft ist entscheidend für Wohlstand und sozialen Zusammenhalt. Wir setzen uns für die Unterstützung der bereits ansässigen Unternehmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen in unserer Stadt als eine tragende Säule der Daseinsvorsorge ein. Daher ist die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ein zentrales politisches Anliegen der CDU.

A.2. Bereitstellung von Flächen

Für die notwendige Infrastruktur müssen Flächen bereitgestellt werden. Dabei sind Gemeinwohl und Einzelwohl in Einklang zu bringen. Für uns bilden Wirtschaft und Umwelt eine untrennbare Einheit, die als Ganzes betrachtet und gefördert werden muss.

Gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern und betroffenen Gruppen muss endlich eine Vision für Bielefeld erarbeitet werden. In einer modernen und zukunftsgerichteten Lösung für die Flächenentwicklung in unserer Stadt spielt die wirtschaftliche Entwicklung eine grundlegende Rolle.

Rahmenbedingungen verändern sich: Digitalisierung, Verkehrswende, Internationalisierung, klimapolitische Herausforderungen, Demographie. Es existieren bereits Formen, in denen nicht-störendes Gewerbe und Arbeiten in den Wohnraum integriert zusammen funktionieren und harmonisieren. Diese Wohnformen sollen für



Bielefeld geprüft und ggf. erweitert und gefördert werden. Solche Veränderungen müssen Teil eines gesamtstädtischen Gewerbeflächenhandlungsprogramms, mit dem Ziel, jährlich bis zu 20 Hektar Gewerbeflächen zu entwickeln, sein.

Zunehmende städtische Eingriffe in den freien Markt, wie durch die aktuelle „Baulandstrategie“ der Stadt Bielefeld beschlossen, lehnen wir entschieden ab.

A.3. Innovationsstandort Bielefeld

Die Bielefelder CDU legt ein besonderes Augenmerk auf die Förderung von Innovationen in bestehende Unternehmen, die Ansiedlung von Unternehmen im Bereich neuer Technologien, Ausgründungen aus den Hochschulen sowie von Start-Ups. Dabei wollen wir bewährte Strukturen wie die WEGE, deren Kernkompetenz wir weiter stärken wollen, Unternehmensnetzwerke und Innovationstransfer der Hochschulen miteinbeziehen.

Dafür braucht es dringend ein neues Innovationszentrum zur Ansiedlung von Start-Ups in Hochschulnähe. Lange Planungszeiträume von über 10 Jahren kann sich die Stadt im Wettbewerb um junge Unternehmen nicht leisten. Hierbei sollte auch über mobile Container-Lösungen oder die Bereitstellung von ungenutzten Flächen (z. B. die alten FH-Gebäude am Bültmannshof) nachgedacht werden. Ziel ist die „Gründerstadt Bielefeld“.

Die CDU wird sich verstärkt für die Ansiedlung eines Forschungsinstituts von bundesweiter Bedeutung einsetzen. Dadurch können in unserer Stadt vielfältige Synergieeffekte ausgelöst und die Attraktivität als Standort für die Wirtschaft und neu hinzukommende Unternehmen gesteigert werden.

A.4. Gesundheits- und Sozialwirtschaft

Für die CDU Bielefeld steht fest: Die Gesundheits- und Sozialdienstleistungen sind eine der tragenden Säulen der Bielefelder Wirtschaft und besitzen in einigen Bereichen hohes internationales Ansehen. Im Sinne einer Clusterförderung setzt sich die CDU für eine gezielte Neuansiedlung von Unternehmen in diesem Sektor und ihre Vernetzung mit den Bildungseinrichtungen vor Ort ein. Die Chancen, die durch die von der CDU beharrlich verfolgte Gründung der Medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld entstehen,



müssen konsequent genutzt werden und mittelfristig Fakultäts-, Instituts- und Forschungseinrichtungen, wie z. B. im Bereich Pharmazie, folgen.

A.5. Abgaben und Steuern

Die Bielefelder CDU will Planungssicherheit für die Unternehmen. Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuern, Gebühren und Abgaben müssen stabil bleiben. Eine neue Grundsteuerberechnung darf nicht zu einer Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger führen.

Die CDU setzt sich für die Abschaffung der veranstaltungsbezogenen Vergnügungssteuer, ausgenommen Glücksspielstätten, ein. Die Steuer ist in Zeiten von Corona und im Wettbewerb als Veranstaltungsort nicht mehr zeitgemäß. Andere Städte haben diese bereits abgeschafft.

Die Stadt Bielefeld erzielt hinreichende Einnahmen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Finanzielle Spielräume schafft der Verzicht auf umstrittene Großprojekte und Effizienzsteigerung im Verwaltungsapparat durch zügig umgesetzte Digitalisierung.

Alle kommunalen Vorhaben sind kritisch auf ihre Sinnhaftigkeit hin zu bewerten. Ausgaben und Leistungsverträge im Sozialhaushalt müssen regelmäßig überprüft und die Effizienz verbessert werden. Entschuldung zugunsten späterer Generationen muss ein fester Bestandteil aller Überlegungen sein.

A.6. Mobilität

Die Mobilität ist ein starker Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Güter und Waren müssen effizient transportiert werden. Arbeitsplätze müssen mit vertretbarem Aufwand an Zeit und Geld erreichbar sein. Der Wohnort darf nicht über die Teilhabe am (Arbeits-)Leben entscheiden.

Der Zukunft der Mobilität muss technologieoffen und innovativ begegnet werden. Dabei gilt es, Anreize für eine umweltverträgliche Mobilität zu schaffen und den Umstieg nicht durch Verbote oder Zwang durchzusetzen. Die CDU setzt sich für ein gesamtstädtisches, regional integriertes Konzept aller Verkehrsmittel ein.



A.7. Digitalisierung

Die CDU will, dass die Stadt Bielefeld bei der Digitalisierung zu den Vorreitern in NRW gehört. Die Digitalisierung ist ein unverzichtbarer Baustein von Wirtschaftspolitik und Daseinsvorsorge.

Die Stadt muss die nötigen Rahmenbedingungen im personellen und technischen Bereich für die Digitalisierung der Verwaltung sowie für die Unternehmen und Bildungseinrichtungen schaffen. Dazu gehören der Glasfaserausbau, ein funktionierendes E-Government und ein flächendeckendes 5G-Netz.

A.8. Attraktivität der Stadt

Für den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen sind die richtigen und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von entscheidender Bedeutung. Im Wettbewerb um Fachkräfte konkurrieren die Bielefelder Unternehmen mit anderen Unternehmen in Deutschland und international. Bei der Wahl des Arbeitsplatzes spielt für die Fachkräfte nicht nur die Attraktivität des Unternehmens, sondern auch der Stadt, in der das Unternehmen ansässig ist, eine entscheidende Rolle.

Um Bielefeld zu einem noch attraktiveren Umfeld für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu machen, möchten wir als CDU Ideen und konkrete Maßnahmen in der „Vision Bielefeld“ verankern, so zum Beispiel eine internationale Schule, Wasserfläche und weitere interessante Möglichkeiten der Naherholung.



B. Finanzen und Personal

Die Corona-Pandemie hinterlässt auch bei den städtischen Finanzen Spuren. Die Steuereinnahmen, die über viele Jahre dank der Bundesregierung auch in Bielefeld zu hohen Einnahmen geführt haben, gehen zurück, während die Ausgaben steigen. Gleichzeitig verzichtet die Stadt auf beschlossene Hilfsmaßnahmen an Bielefelder Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger. Allein durch die Coronakrise wird sich die finanzielle Situation der Stadt im Verhältnis zur bisherigen Planung um bis zu 100 Mio. Euro verschlechtern. Außerdem werden ursprünglich rentierliche Beteiligungen nunmehr defizitär, sodass bereits im kommenden Jahr mit Verlusten in zweistelliger Millionenhöhe bei den Stadtwerken Bielefeld (bedingt durch steigende ÖPNV-Defizite und Bäderverluste) zu rechnen sein wird, die zusätzlich durch den kameralen Haushalt aufgefangen werden müssen.

Daher ist es zwingend geboten, sich finanzielle und personelle Handlungsspielräume, und zwar nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch nachhaltige Kostensenkung auf der Ausgabenseite, neu zu erarbeiten. Finanzpolitisches Ziel der CDU ist es, dass Einnahmen und Ausgaben jährlich ausgeglichen sind, um selbstbestimmt Bielefelds Entwicklung zu gestalten. Besonders für die notwendige Entwicklung von Wohnbau- und Gewerbeflächen sollen Mittel für den Ankauf im jährlichen Etat verankert werden. Dabei streben wir die Konsolidierung der Finanzen an.

In den letzten Jahren ist das Personal in der Stadtverwaltung stark gewachsen. In einem aufgabenkritischen Verfahren wollen wir das Personal in der gesamten Verwaltung im Rahmen der Fluktuation wieder reduzieren, um so Personalkosten zu sparen, städtische Strukturen effizienter zu gestalten und Bürokratie abzubauen.



C. Stadtentwicklung und Verkehr

Bielefeld mit seinen rund 340.000 Einwohnern ist die weitaus größte Stadt in der Region Ostwestfalen-Lippe. Als Oberzentrum der Region ist Bielefeld eine Stadt mit viel Einzelhandel, die Kaufkraft aus dem Umland in der Stadt bündelt. Die Hochschulen mit fast 40.000 Studierenden und die vielen Bildungseinrichtungen ziehen immer wieder vor allem junge Menschen insbesondere aus dem Umland nach Bielefeld. Bielefeld ist eine wachsende Stadt, die Kindergärten, Schulen, Unternehmen und besonders auch neue Wohnungen braucht. Die CDU wird die Entwicklung unserer Stadt zukunftsgerichtet und nachhaltig durch Förderung von Bildungseinrichtungen, Handel, Dienstleistung und Wirtschaft sowie durch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sichern.

Das Ziel der Bielefelder CDU ist die „mobile Stadt“. Es geht zukünftig um die Frage, wie man intelligent von A nach B kommt. Bei multimodaler Mobilität kann das Mittel zur Fortbewegung das Auto, der öffentliche Nahverkehrsmittel, das Fahrrad, ein On-Demand- oder free-floating-Angebot sowie auch die Kombination aus mehreren Verkehrsmitteln sein. Zum Klimaschutz trägt die Verkehrswende mit der Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs und mit dem Umstieg auf das Fahrrad oder der Digitalisierung maßgeblich bei und entlastet so den angespannten Verkehr auf unseren Straßen. Der CDU Bielefeld geht es um einen Interessensausgleich aller Verkehrsteilnehmer, ohne den einen gegen den anderen auszuspielen. Fahrradfahrer streiten aus guten Gründen für bessere Radwege. Viele Berufstätige, Familien sowie Unternehmen sind aber weiterhin auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen. Es braucht daher dringend einen ernstgemeinten Mobilitätskompromiss zwischen allen Verkehrsteilnehmern.

C.1. Zukunftsplanung

Die Stadt Bielefeld braucht unbedingt einen ganzheitlichen Stadtentwicklungsplan mit Zukunftsperspektiven bis zunächst 2050. Der stetig wachsenden Stadt muss genügend Wohnbau- und Gewerbefläche zur Verfügung gestellt werden, um den steigenden Bedarf nach Wohnraum, Gewerbeflächen und Entwicklungsflächen für die Hochschulen und Institute gerecht zu werden. Dabei gilt es, Flächen auszuweisen, die auch tatsächlich einer Bebauung zugeführt werden können. Unter rot-grüner Verantwortung wurde es jedenfalls versäumt, ausreichende bebaubare Flächen auszuweisen, sodass derzeit nicht erkennbar ist,



wie die erheblichen gutachterlich festgestellten Bedarfe von 300 Hektar Wohnbauland- und rund 300 Hektar Gewerbeflächen bereitgestellt werden sollen. Parallel ist auch der Flächennutzungsplan entsprechend zu überarbeiten und sämtliche Flächen in dem neu aufzustellenden Regionalplan zu sichern. Außerdem ist auch der Innenbereich teilweise neu zu überplanen, um neue Bauflächen auf vorhandenen Gebäuden, Konversionsflächen, Hinterlandgrundstücken oder Baulücken einer Bebauung zuzuführen. Bei Gewerbeflächen soll angestrebt werden, eine möglichst flächensparende Bebauung durch Mehrgeschossigkeit zu realisieren. Daneben ist auch stadtgestalterisch eine Perspektivplanung für die großen Hauptverkehrsstraßen zu entwickeln.

C.2. Verkehr - Individualverkehr (IV)

Die CDU will, dass Bielefeld als Oberzentrum der Region für die derzeit rund 130.000 Ein- und Auspendler, die täglich zur Arbeit kommen müssen, erreichbar bleibt. Der Einzelhandelsstandort Bielefeld ist darauf angewiesen, dass die Kunden aus Bielefeld, aber auch gerade aus dem Umland, die Geschäfte in Bielefeld erreichen können. Gleiches gilt für die vielen Unternehmen und vielfältigen Bildungseinrichtungen von Berufskolleg bis zur Universität. Daher lehnt die CDU den Rückbau des Jahnplatzes als zentralen Verkehrsknoten ab und will ein leistungsfähiges, wie auch zukunftsgerichtetes Gesamtverkehrskonzept unter Beachtung der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen. Nicht einseitiger ideologisch bedingter Straßenrückbau zur Reduzierung des Individualverkehrs, sondern intelligente Verkehrssteuerung zur Vermeidung von Staus und zur Verflüssigung von Verkehren, wie z.B. durch smarte Verkehrslenkung, sind das Ziel unserer Politik.

Für den gesamten Verkehr, insbesondere auch Lieferverkehre, sind in unserer Stadt leistungsfähige Hauptverkehrsstraßen notwendig, damit der Verkehr nicht in Nebenstraßen verdrängt wird. Auf den Hauptverkehrsstraßen soll mindestens Tempo 50 erhalten bleiben, während in Wohngebieten Tempo 30 die Regel werden soll. Darüber hinaus gilt es, den Ortskern in Ummeln durch den Bau der B 61n zu entlasten, den Ausbau der B 61 Herforder Straße im Norden unserer Stadt bis zur ebenfalls umzusetzenden Verlängerung der L712n in Altenhagen zu realisieren. Zudem muss die Leistungsfähigkeit der L756 sowohl in Ortslage als auch außerhalb im heutigen Umfang erhalten bleiben.



Die CDU unterstützt ein Verkehrskonzept für den Hauptbahnhof, das insbesondere die Einrichtung eines Fernbusbahnhofs, den Bau eines Fahrradparkhauses sowie den Ausbau von Kiss-and-Ride Angeboten berücksichtigt.

C.3. Verkehr - Parken

Wer als Pendler in unserer Stadt arbeitet, wer in unserer Stadt bequem einkaufen will, der braucht einen Parkplatz für sein Fahrzeug. Wir wollen keinen weiteren ideologischen Parkplatzabbau in unserer Stadt. Die CDU will Pendler und Menschen, die hier einkaufen wollen, bereits am Stadtrand ein ausreichendes Park-and-Ride-Angebot unterbreiten, um dann mit dem ÖPNV zum Arbeitsplatz oder zu den Geschäften zu gelangen. Durch digitale und smarte Park-Leitsysteme sind Suchverkehre in der Stadt zu reduzieren. Die CDU wird ein Parkkonzept für die Innenstadt entwickeln, das Parkplätze und Ladesäulen für E-Autos vorsieht und fördert sowie kostenfreies Parken stadtweit, auch in An- und Bewohnerparkbereichen für Pflegedienste, Ärzte, Handwerker oder Paketdienste mit Berechtigung berücksichtigt.

C.4. Verkehr - Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Der öffentliche Personennahverkehr, der täglich viele tausend Menschen in unserer Stadt transportiert, ist für die CDU ein wichtiger Mobilitätsträger, der weiter ausgebaut und attraktiver gemacht werden soll. Mit dem Ausbau der Linie 1 nach Sennestadt, der Verbindung der Linie 4 (Unilinie) und Linie 3 (Babenhausen Süd) wird die Stadtbahn weitere Wohngebiete erschließen. Der Ausbau einer Stadtbahnlinie nach Hillegossen und Theesen bzw. Jöllenbeck soll geprüft werden. Hierbei soll für die Außenbezirke wie z. B. Heepen, Jöllenbeck, Senne oder Sennestadt ein innovatives und verträgliches, dem heutigen Technikstandard entsprechendes Konzept entwickelt werden, um gerade diese Bereiche noch besser an den ÖPNV anzubinden.

Taktverbesserung, Einführung von Tangentialverkehren oder Express-Buslinien sollen die Stadtbezirke stärker einbeziehen und attraktiver anbinden. Durch die Verbindung zwischen den Bezirken beschleunigt sich der Transfer zwischen einzelnen Bezirken und der Verkehr in der Innenstadt wird entlastet. Neben direkten Busverbindungen kann dies auch eine



Seilbahn von Sennestadt nach Sieker oder Mitte sein. Die Umsetzung einer Seilbahn soll auf Machbarkeit und Finanzierung geprüft werden. Besonders die Nachtbuslinien sollen verbessert und ausgebaut werden. Dabei ist Sicherheit, soziale Kontrolle und Ordnung im gesamten ÖPNV weiter zu entwickeln. Wir wollen aber auch den ÖPNV attraktiver machen durch Mobilitätsstationen vor allem in den Stadtbezirken mit intelligenten Lösungen, wie insbesondere On-Demand-Verkehr, E-Scooter, Bike- und Carsharing. Zur Attraktivierung gehören auch die Verbesserung der Kundeninformationen durch Digitalangebote, wozu auch WLAN und Mobilfunk an sämtlichen Haltestellen von Bus und Bahnen sowie Stadtbahntunneln einzurichten ist. Des Weiteren fordert die CDU Bielefeld USB-Ladestationen in Bussen und Bahnen. Analog des Semestertickets für Studenten fordern wir ein kostenfreies Ticket für Schüler und Auszubildende sowie ein einfaches Ticketsystem mit Best-Price-Abrechnung übers Handy für alle ÖPNV-Nutzer.

Bielefeld als Oberzentrum der Region ist auf ein leistungsfähiges ÖPNV-Angebot in der Region angewiesen, weshalb bestehende Angebote besser aufeinander abgestimmt werden müssen, sowie die Verknüpfung mit dem regionalen Schienenverkehr harmonisiert werden muss. Die Taktung bei Zügen von Eurobahn und Nordwestbahn muss bedarfsgerecht und vorwiegend in den Abendstunden verbessert werden. Mit der Elektrifizierung der bestehenden Regionalbahnstrecken (Haller Willem, RB74 nach Paderborn) kann eine erforderliche Kapazitätssteigerung der vorhandenen Infrastruktur mit geringem Aufwand erzielt werden.

Damit der ÖPNV eine ernstzunehmende Konkurrenz zum motorisierten Individualverkehr wird/bleibt, muss weiter an der Preisgestaltung und neuen Angeboten gearbeitet werden. Angebote wie das Clipticket sind bereits jetzt attraktive Angebote für spontane Fahrten durch die Stadt. Der Preis des Monatstickets ist im Vergleich zu anderen Städten zu hoch. Die Einführung eines 365 Euro Ticket und/oder eines Mobilitätsbudgets kann ein Anreiz zum Wechsel auf Bus und Bahn sein. Wichtig wird es sein, dass gerade Pendler aus dem Umland günstig in und aus der Stadt kommen. Nur so kann bei steigenden Pendlerzahlen das Verkehrsaufkommen in der Stadt entlastet werden. Einen allgemein kostenlosen ÖPNV lehnt die CDU Bielefeld hingegen ab, er ist momentan nicht finanzierbar und entwertet das Angebot.

Die CDU Bielefeld begrüßt ausdrücklich neue und innovative Mobilitätsangebote wie Anton, Flowbie, Fahrradleihsysteme und die E-Scooter. Diese und andere On-Demand und



free-floating Systeme sollen sinnvoll ausgebaut werden. Dazu gehört auch die Optimierung des Car-Sharing-Angebots. Um die vielen verschiedenen Angebote optimal nutzen zu können, bedarf es einer einheitlichen App zur Buchung und einer Zahlungsmethode, wie einem Mobilitätsbudget (vgl. Augsburg).

C.5. Verkehr – Radverkehr

Die CDU steht zu einer Verbesserung des Radverkehrs in Bielefeld. Wir wollen, dass die vorhandenen Radwege ordnungsgemäß instandgehalten und sinnvoll weiter ausgebaut werden. Lücken im Fahrradnetz der Stadt sollen geschlossen und Kreuzungen für Radfahrer sicherer gestaltet werden. Konzeptionell wollen wir Fahrradstraßen, parallel zu Hauptverkehrsstraßen entwickeln und wenn möglich umsetzen. Freizeitrouten in Grünzügen wollen wir zu Alltagsrouten, z. B. im Unigrünzug oder im Luttergrünzug, ausbauen. Dabei sollen intelligente, adaptive Beleuchtungen für mehr Sicherheit in Abendstunden sorgen, genauso wie sichere Abstellmöglichkeiten für Räder. Die CDU will den Radfahrern mit der kostenlosen Mitnahme ihres Rades in Bussen und Bahnen ein Angebot machen, auch auf weiteren Distanzen ihr Rad zu nutzen. Die sichere und ganzjährige Nutzung der Radwege ist zu gewährleisten und zu überwachen, deshalb haben wir die Einrichtung einer Fahrradstaffel unterstützt. Ferner werden wir den Ausbau des Fahrradverleihsystems für die gesamte Stadt vorantreiben, um überall die Fahrradnutzung, ggfls. auch für die letzte Meile, zu gewährleisten. Wir werden uns für den Bau eines modernen Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof und für ausreichende Fahrradabstellmöglichkeiten in der Innenstadt und den Stadtbezirken mit seinen Ortsteilzentren einsetzen. Dazu gehören auch überdachte und teilweise abschließbare Außenabstellplätze in Wohnquartieren sowie an Mobilitätsstationen.

C.6. Verkehr – Fußgänger

Der Fußgängerverkehr verdient eine größere Beachtung. Neben der Qualität der Gehwege sind auch Wegebeziehungen besser darzustellen und in einer verkehrlichen Gesamtbetrachtung stärker einzubeziehen.



Eine lebenswerte Innenstadt liegt uns als Großstädtern am Herzen. Wo möglich müssen autofreie Bereiche in und um die Altstadt geschaffen werden. Konkret bedeutet das eine Aufwertung des Wilhelmstraßenquartiers durch eine verkehrsberuhigte, weil autofreie, Wilhelmstraße. So machen wir diesen zentral gelegenen Bereich für Fußgänger, Handel, Gastronomie und Wohnen attraktiv. Außerdem fordern wir einen autofreien Emil-Groß-Platz. Bielefeld braucht keine Autoflaniermeile, weshalb wir auch hier mehr Aufenthaltsqualität schaffen wollen. Dabei sind die Interessen der Anwohner und Gewerbetreibenden zwingend einzubeziehen.

C.7. Verkehr der Zukunft

Bei allen Überlegungen zur Aufteilung des Modal-Split sind grundsätzlich zukünftige Verkehrsträger mitzudenken. Neue modulare Systeme bis hin zur Mobilität in der Luft sind von der Infrastruktur her mitzudenken. Insoweit werden neue Antriebsformen und -arten auch vor dem Hintergrund einer optimalen digitalen Vernetzung zu beachten sein.

C.8. Baustellen

Wir wollen ein konsequentes Baustellenmanagement, damit die Baustellen auf unseren Verkehrswegen besser koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Ständig neue Baustellen mit nicht durchdachten Umleitungsverkehren lehnen wir ab. Gemeinsam mit den Hauptverursachern von Baumaßnahmen im Verkehrsraum ist eine strukturierte Mittelfristplanung zu entwickeln, welche die Verkehrsbeeinträchtigungen minimiert.

Dabei setzt sich die Bielefelder CDU für die frühzeitige Beteiligung von Anwohnern und Gewerbetreibenden ein. Besonders für den Einzelhandel und die Gastronomie können langwierige Baustellen existenzbedrohend sein.

C.9. Wohnen

In unserer stetig wachsenden Stadt fehlen Wohnungen. Besonders bezahlbare Wohnungen für Familien mit Kindern oder Alleinerziehende. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft BGW wird jährlich mit 100 öffentlich geförderten Wohnungen ihren Beitrag leisten.



Den Wohnungsmangel werden wir durch die Ausweisung neuer Bauflächen verringern. Wir wollen jährlich mindestens 2.000 Wohnungsbaugenehmigungen vergeben, sowie durch Nachverdichtung und Aufstockung bestehender Häuser die Wohnungsnachfrage mindern. Dafür werden Bauflächen gebraucht, die durch Eigentümer-Ansprache bei unbebauten Flächen aktiviert werden sollen. Die Bielefelder Baulandstrategie als Instrument städtischer Planwirtschaft lehnen wir ab. Daneben wollen wir aus politischen Gründen verhinderte Baugebiete, wie z.B. Brake West, schnell einer Bebauung zuführen. Die freigemachten Kasernengelände der Briten sind ebenfalls Wohnungsbauoptionen, die wir nutzen wollen. Wir begrüßen die Pläne der Bundespolizei zur Ansiedlung einer Polizeischule in Bielefeld. Die von der Bundespolizei nicht benötigten Flächen sollen bereits heute planungsrechtlich entwickelt werden.

C.10. Gewerbeflächen

Dank rot-grüner Politik der letzten elf Jahre verfügt Bielefeld derzeit über keine nennenswerten, anbietbaren Gewerbeflächen. Bereits vor der Coronakrise bestand ein unmittelbarer Gewerbeflächenbedarf von 60 ha allein durch Bielefelder Betriebe. Für Neuansiedlungen gibt es perspektivisch keinerlei Flächenangebote. Deshalb müssen dringend neue Gewerbeflächen ausgewiesen werden, um die Bielefelder Wirtschaft zu erhalten und zu stärken. Ferner ist auch ein stärkerer Fokus auf die nachhaltige Weiterentwicklung der Hochschulen und wissenschaftlichen Institute zu legen, sodass Flächen auszuweisen sind, die derartige Entwicklungen zulassen. Dabei ist die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ausreichend zu berücksichtigen, wie auch eine hochschulnahe Start-Up-Szene.

C.11. Landwirtschaft

Die CDU steht zur Landwirtschaft als raumbedeutsamer Wirtschaftszweig in Bielefeld, die wir auch in Zukunft nach unseren Möglichkeiten intensiv unterstützen werden. Wir kennen den Konflikt zwischen Landwirtschaft und Flächenverbrauch. Das bedeutet für uns, dass wir zusammenhängende Agrarstrukturen möglichst nicht durch weitere Bebauung zersiedeln wollen. Die Bielefelder CDU schätzt die Arbeit der Landwirte, die für gesunde, sichere, bezahlbare Lebensmittel sorgen. Gemeinsam mit den Bielefelder Landfrauen wollen wir die



Vermarktung heimischer landwirtschaftlicher Produkte weiter verbessern. Die Landwirte leisten zum Erhalt und zur Pflege der Kulturlandschaft einen wesentlichen und nachhaltigen Beitrag. Wir setzen dabei auf nachhaltige Forstbewirtschaftung, die künftigen Generationen in gleicher Weise den Wald wie heute zur Verfügung stellt. Zur Wiederaufforstung der im Wesentlichen durch Trockenheit und Borkenkäferbefall beschädigten Waldflächen unterstützen wir es, standortsichere Gehölze als Mischwald im Teutoburger Wald vorzusehen.

Die Land- und Forstwirtschaft trägt durch eine fachgerechte Bewirtschaftung der Acker- und Weideflächen sowie der Wälder zum aktiven Klimaschutz bei. Durch die Vielfalt der Pflanzenkulturen und der Mischwälder wird CO₂ in den Pflanzen und den Bäumen aus der Luft aufgenommen, gebunden und durch Assimilation wird Sauerstoff abgegeben. Bei planerischen Umwandlungen in andere Nutzung, z. B. Gewerbe- oder Wohnansiedlungen, ist die jeweilige Nutzung abzuwägen.



D. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

Die Lebensqualität in einer Stadt hängt ganz maßgeblich davon ab, dass Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit gewährleistet werden. Exzessive Trinkgelage, zunehmender Drogenhandel, ausufernde Schmierereien an Hauswänden und Müll auf öffentlichen Flächen in der ganzen Stadt sind der Beleg für eine unangemessene Nachlässigkeit und dürfen so nicht akzeptiert werden.

Gemeinsam mit der Polizei und den Bezirksvertretungen in den Stadtbezirken werden wir ein ganzheitliches Ordnungs- und Sicherheitskonzept erarbeiten und die Ordnungspartnerschaft zwischen Polizei und Stadt in den Stadtbezirken ausbauen. Bestehende Konfliktorte, wie z. B. die „Tüte“ am Bahnhof, der Kesselbrink in Mitte, der Treppenplatz in Brackwede oder der Ravensberger Park sind konsequent durch Videoüberwachung und den verstärkten Einsatz von zusätzlichen Ordnungskräften zu überwachen. Am Wochenende fordert die CDU Bielefeld stationäre Präsenz der Stadtwache an Brennpunkten. Dazu ist das Ordnungsrecht konsequent auszuschöpfen und umzusetzen. Die Sprechzeiten der Stadtwache sind besonders auch am Wochenende auszuweiten.

Darüber hinaus werden wir jenseits von „Tüte“, Kesselbrink und Ostmanturviertel eine Anlaufstelle für Abhängige/Drogensüchtige einrichten, in der Hilfsangebote vorgehalten werden. Zusammen mit dem von uns durchgesetzten „Streetworker-Konzept“ wird und muss dies zur deutlichen Beruhigung und Entlastung des Innenstadtbereiches führen. Wir sind die Einzigen, die sich für die betroffenen Menschen, sowohl die Anwohner, als auch die Süchtigen, einsetzen. Deshalb werden wir diesen Lösungsansatz konsequent weiterverfolgen und umsetzen.

Zum besseren, flexibleren Einsatz der Ordnungskräfte im städtischen Außen- und Vollzugsdienst wird ein Weiterbildungs- und Qualifizierungskonzept erarbeitet und umgesetzt. Um die Sicherheit der Bürger in unserer Stadt gewährleisten zu können, benötigt das Ordnungsamt zusätzliches Personal. Wir fordern daher, das Ordnungsamt durch Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltung und durch Neueinstellungen zu verstärken. Die Sicherheit der Menschen darf nicht aus Kostengründen vernachlässigt werden.

Licht ist Sicherheit, daher müssen öffentliche Orte gut ausgeleuchtet sein oder durch intelligente, adaptive Beleuchtung sicherer gemacht werden. Ferner ist auch bei der Stadtgestaltung bereits darauf zu achten, dass überhaupt keine Angsträume entstehen.

Nicht nur bei Älteren, auch bei jungen Leuten herrscht Unsicherheit bei der Nutzung von Bussen und Bahnen, besonders in den Nachtstunden. Wir wollen, dass Alle, auch unsere



Kinder, wenn die Veranstaltungsbeschränkungen nach der Corona-Krise weiter gelockert werden, unbeschwert feiern können und sicher nach Hause kommen. Gemeinsam mit MoBiel, Polizei und Stadt werden wir ein Sicherheits- und Ordnungskonzept für Busse und Bahnen sowie im Bereich der Haltestellen erarbeiten.

Besonders die Sauberkeit auf Plätzen und in Grünanlagen ist häufig Thema, wenn man mit Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt spricht. Durch effizientes Management soll die Sauberkeit bedarfsorientiert weiter verbessert werden. Die CDU Bielefeld fordert höhere gerichtsfeste Strafen für das nicht ordnungsgemäße Beseitigen von Unrat wie z. B. Zigarettenkippen und Kaugummis. Auch das Hinterlassen von Müll in Parks und im Wald soll stärker geahndet werden. Das Pfandsystem Kaffee-to-go begrüßen wir ausdrücklich.

Öffentliche Plätze verdienen ein besonderes Augenmerk. Ein effektives Müllmanagement ist lückenlos zu gewährleisten. Spielplätze und Parks sind bedarfsgerecht zu modernisieren.



E. Gesundheitsversorgung sichern

Die gesundheitliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger ist auch zukünftig sicherzustellen. Dabei erfüllen neben niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, die Städtischen Kliniken und die konfessionellen Krankenhäuser in unserer Stadt eine wichtige Aufgabe.

Um eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung in Bielefeld und der Region auch zukünftig sicherstellen zu können, brauchen wir genügend Ärztinnen und Ärzte, die als Allgemeinmediziner oder Fachärzte in niedergelassenen Praxen oder Kliniken tätig werden. Jedes Jahr verliert die Region OWL Ärzte, die altersbedingt ausscheiden und ersetzt werden müssen. Schon jetzt werden Praxen mangels geeigneter Nachfolger geschlossen und in vielen Stadtbezirken herrscht ein Ärztemangel, dem es entgegenzuwirken gilt. Deswegen ist in Bielefeld mit der Medizinischen Fakultät ein wichtiger Schritt unternommen worden, um hier vor Ort jedes Jahr bis zu 300 zusätzliche Mediziner auszubilden, die in den Kliniken der Region ihre Ausbildung erhalten und sich letztlich möglicherweise auch hier niederlassen. Daneben wird auch mit dem vernetzten Ausbau der medizinischen Forschung, insbesondere im Bereich der Allgemeinmedizin, ein weiterer Beitrag zur Schaffung der Gesundheitsregion OWL geleistet. Da die Ausbildung der Mediziner ca. zehn Jahre dauert, muss sich auch die Stadt Bielefeld bereits jetzt schon um die Anwerbung von Ärzten aktiv bemühen. So sind z. B. neue Ärzte beim Aufbau oder der Übernahme einer Praxis administrativ zu unterstützen. Ferner ist auch Hilfe bei der Wohnungssuche, von Kindergarten- und Ausbildungsplätzen oder im Rahmen der Studienförderung zu gewähren. Zudem setzt sich die CDU Bielefeld für Medizinische Versorgungszentren in unterversorgten Gebieten ein.

Darüber hinaus hat die Coronakrise gezeigt, dass das Gesundheitsamt besser auf die neuen Aufgaben vorbereitet werden muss durch die Aufstockung von Personal- und Sachmitteln. Insoweit hat das Gesundheitsamt schneller und effizienter auf Infektionen jeglicher Art zu reagieren, um die Bielefelder Bevölkerung besser zu schützen.



F. Schule und Bildung

F.1. Elternwille beachten

Im Grundgesetz regelt Art. 6 Abs. 2 Satz 1 das Rechtsverhältnis zwischen Eltern, ihren minderjährigen Töchtern und Söhnen und dem Staat:

„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“

Dieses Grundrecht ist die Grundlage für den Elternwillen, dem wir uns bei unseren schulpolitischen Entscheidungen stets verpflichtet fühlen.

F.2. Ganzheitliche Schulentwicklungsplanung

Nach einem Jahrzehnt des schulentwicklungsplanerischen Stillstandes unter OB Clausen und Rot-Grün haben wir uns mit unserem Verlangen nach der Aufstellung eines ganzheitlichen Schulentwicklungsplanes, der die ganze Stadt und alle ihre schulpolitischen Bedürfnisse und nicht nur eine anlassbezogene Planung berücksichtigt, durchgesetzt.

Die Schulverwaltung will diesen Schulentwicklungsplan im Dezember 2020 vorlegen. Auf dem Weg dahin ist bereits deutlich geworden, dass OB Clausen und Rot-Grün in ihrer Regierungszeit alle „Klassenziele“ verfehlt haben. Die anstehende Kommunalwahl ist auch eine richtungsweisende schulpolitische Entscheidung zu den von Rot-Grün favorisierten integrierten Systemen von Sekundar- und Gesamtschulen bis hin zur Einheitsschule. Wir wollen das mehrgliedrige Schulsystem beibehalten.

Dies ist in unserer wachsenden Stadt und mit den Nachholbedarfen der letzten Jahre eine große Herausforderung. Schule muss unsere Kinder auf den digitalen Wandel vorbereiten; dafür müssen wir schnellstmöglich für alle Schulen eine zeitgemäße und pädagogisch angemessene digitale Technik bereitstellen. Um sicherzustellen, dass die Systeme auch laufen und den Lehrerinnen und Lehrern bei Fragen unverzüglich und nicht wie derzeit erst Wochen später geholfen wird, werden wir die Bielefelder Schulen vor Ort mit einem „digitalen Hausmeister“ ausstatten.

Moderne Schule, wie wir sie verstehen, ist keine Lernfabrik, sondern ein lebendiger Lern- und Lebensort, an dem alle Schülerinnen und Schüler ihre Fähigkeiten und Talente



entwickeln können. Dies ist nur in einem gleichberechtigten, mehrgliedrigem Schulsystem möglich.

F.3. Grundschulen

Für uns gilt weiterhin der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege!“ Grundschulen müssen unsere I-Männchen daher auch weiterhin fußläufig erreichen können.

Erwartungsgemäß sieht der vorläufige Entwurf des Schulentwicklungsplanes bei den Grundschulen ein großes Defizit an Schulplätzen. Wir sind froh, dass wir uns 2011 gegen die Pläne des Oberbürgermeisters Clausen und die Rot-Grüne-Koalition durchgesetzt haben, sieben Grundschulen zu schließen.

Der jetzt weiterhin notwendige Neubau von Grundschulen ist aber nicht nur an der Zahl fehlender Grundschulplätze festzumachen, sondern muss auch an der Eignung des Grundstücks bezüglich des Schulweges, der Größe des möglichen Schulgebäudes und Schulhofes sowie der Entwicklung eines Stadtteils oder Quartiers geplant werden.

Bei der Gestaltung des Schulgeländes werden wir darauf achten, dass spielerisches, kreatives und haptisches Lernen nicht vernachlässigt werden.

Neben Schulneubauten werden wir uns auch für die nachhaltige Erweiterung und Renovierung bestehender Grundschulstandorte einsetzen.

F.4. Sekundarschulen

Die zwei städtischen Sekundarschulen haben sich bewährt und sind eine gute Ergänzung zum bestehenden Schulangebot. Mit ihrer Schulstruktur können sie auf die Belange und Anforderungen der Schülerinnen und Schüler gut eingehen. Die CDU Bielefeld setzt sich daher für die Gründung von bedarfsgerechten Sekundarschulen ein.



F.5. Gesamtschulen

Die Schülerzahlen der vier städtischen Gesamtschulen stagnieren in den letzten Jahren. Die Gesamtschule Rosenhöhe in Brackwede erfährt eine umfangreiche Renovierung; die Martin-Niemöller-Gesamtschule Schildesche soll durch einen Neubau ersetzt werden. Keine andere Schulform in Bielefeld hat in finanzieller Hinsicht zuletzt so viel Unterstützung erfahren, sodass wir erwarten, dass die Gesamtschulen dazu beitragen, dass die insgesamt zunehmenden Schülerzahlen in Sekundarstufe I. und Sekundarstufe II. auch dort ihre Aufnahme finden. Die Gründung neuer Gesamtschulen lehnt die CDU Bielefeld ab.

F.6. Realschulen

Die Bielefelder Realschulen haben über viele Jahre nicht die „Pflege“ erhalten, die ihnen aufgrund ihrer Anmeldezahlen und ihrer herausragenden Arbeit zugestanden hätte. Unsere zahlreichen Schulbesichtigungen zeigen, dass erheblicher Nachholbedarf an Schulgebäuden und der schulischen Ausstattung besteht. Wir werden ein „Realschul-Sofortprogramm“ auflegen, um kurzfristig erhebliche und mittelfristig alle Mängel zu beheben. Eine Task Force soll die notwendigen finanziellen Mittel akquirieren und notwendige Verwaltungsentscheidungen beschleunigen.

F.7. Gymnasien

Die zu erwartenden Anmeldezahlen an unseren Bielefelder Gymnasien werden zu erheblichen räumlichen Engpässen an den Schulen führen. Uns ist bewusst, dass der Neubau eines benötigten Gymnasiums vom Errichtungsbeschluss bis zur Einweihung vier bis sechs Jahre in Anspruch nimmt. Da diese Zeit fehlt, werden wir in der Übergangszeit an den bestehenden Gymnasien mit den Schulleitungen und den Elternvertretern Erweiterungen planen, um der wachsenden Schülerzahl angemessene Voraussetzungen zu bieten.

F.8. Medienentwicklungsplan

Ein Medienentwicklungsplan ist für Lehrerinnen und Lehrer notwendig, damit sie mit Medien ihren Unterricht bereichern und sie problemlos einsetzen können:



- für die Schule, damit sie verbindliche Rahmenbedingungen für den Unterricht entwickeln und einer digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken kann
- für den Schulträger, um verlässliche Grundlagen für die Kostenkalkulation und Personalzuweisung zu haben, Synergieeffekte bei der Beschaffung von Hard- und Software zu nutzen, ein einheitliches Wartungskonzept vorhalten und zentrale Fortbildungsveranstaltungen planen zu können; und weil der Einsatz von digitalen Lernwerkzeugen im Unterricht nur erfolgreich ist, wenn diese in ein Konzept eingebunden sind.

Nach 15 Jahren erhält die Stadt Bielefeld auf Antrag der bürgerlichen Parteien wieder einen Medienentwicklungsplan. Die Corona-Pandemie hat bewiesen, in welchem katastrophalen Zustand sich die meisten Bielefelder Schulen im Hinblick auf ihre Ausrüstung an Hard- und Software befinden.

Wir werden eine zügige Umsetzung des Medienentwicklungsplanes vorantreiben und hierbei die Mittel des Digitalpaktes bis zum letzten Euro in Anspruch nehmen. Durch den „digitalen Hausmeister“ und den Support durch weitere Spezialisten werden wir sicherstellen, dass Hard- und Softwareprobleme an den Schulen binnen 24-Stunden gelöst sind.

Damit Digitalisierung nicht nur ein Schlagwort bleibt, werden wir auch die Verbesserung der Fachkompetenz der Lehrerinnen und Lehrer vorantreiben, um die digitale Souveränität unserer Schülerinnen und Schüler sicherzustellen. Dies ist beispielsweise in Form von Digitalwerkstätten denkbar.

Die Pandemie hat auch gezeigt, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler mit Handys, iPads oder Laptops ausgestattet sind und damit viele im Homeoffice vom Programm „Teams“ oder anderen Kommunikationsmöglichkeiten ausgeschlossen waren.

Wir werden die Schulen in die Lage versetzen, dass alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihrer persönlichen Ausstattung, gleichberechtigt notwendige Hardware in Anspruch nehmen können.

Lehrerinnen und Lehrer an Bielefelder Schulen müssen zeitnah mit zeitgemäßen persönlichen digitalen Geräten ausgestattet werden, die ihnen die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts von überall aus ermöglicht.



F.9. Abendschulen unterstützen

Die Bielefelder Abendschulen haben sich auf die Aus- und Weiterbildung von berufstätigen Erwachsenen spezialisiert. Dazu zählen in Bielefeld vor allem die Schulformen Abendgymnasium, Abendrealschule und in einigen Bereichen die Volkshochschule.

Vorwiegendes Ziel ist der Erwerb eines höheren Schulabschlusses oder einer höheren beruflichen Qualifikation.

Diese Form der beruflichen Fortbildung ist sehr wertvoll und hat unsere volle Unterstützung.

F.10. Volkshochschule stärken

Die Bielefelder Volkshochschule ist eine wichtige Säule der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens in unserer Stadt und ihren Stadtbezirken. Sie muss weiter gestärkt werden. Dies gilt nicht zuletzt für die Sprach- und Orientierungskurse, die einen wichtigen Baustein bei der Förderung der Sprachkompetenz von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und der Bekämpfung des funktionalen Analphabetismus bilden. Die Arbeit der Dozentinnen und Dozenten muss angemessen honoriert werden.

Zum lebenslangen Lernen jeder Altersklasse gehört auch der Umgang mit den Möglichkeiten der Digitalisierung. Niederschwellige Angebote sollen einen Überblick geben und im Umgang damit weiterbilden. Die CDU Bielefeld setzt sich für die Einrichtung einer Digitalschule der Stadt Bielefeld in Kooperation mit der Volkshochschule ein. Auch mobile Angebote in den Stadtbezirken sollen dabei in Betracht gezogen werden.

F.11. Förderschulen erhalten

Das Recht des gemeinsamen Lernens für Bielefelder Schülerinnen und Schüler wiegt für die CDU genauso hoch, wie der Anspruch, mit einem festgestellten Förderbedarf in Bielefeld eine entsprechende Förderschule besuchen zu können. Das derzeitige Angebot an Förderschulen muss erhalten bleiben.



Dabei werden wir berücksichtigen, dass auch Schulbausanierung und Digitalisierung an Förderschulen denselben Stellenwert erhält wie an den übrigen Bielefelder Schulen. Die Förderschulträger sollen daher ermutigt werden, städtische Hilfe in Anspruch zu nehmen, um diesem Anspruch in räumlicher und personeller Sicht gerecht zu werden.

F.12. Berufskollegs

Die zentrale Bedeutung des Berufskollegs liegt in der Kombination von allgemeiner und beruflicher Bildung. Es ermöglicht daher eine zeitgleiche Qualifizierung im berufsbildenden und im allgemeinbildenden Bereich. Den Berufskollegs kommt daher eine große Bedeutung für unsere Jugendlichen zu, denen wir besser gerecht werden müssen. Das erstreckt sich sowohl auf die räumliche Situation als auch auf die Ausstattung, die notwendig ist, damit die Berufsschulen den Auszubildenden das notwendige schulische Handwerkszeug vermitteln können. Dabei unterstützen wir die Schulleitungen in vollem Umfang.

Eine große Herausforderung für die Zukunft der Berufsschulen ist die Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Wir müssen sicherstellen, dass sie bei Verlassen der Regelschule in der Lage sind, dem Berufsschulunterricht folgen zu können, um erfolgreich die Prüfungen ablegen zu können. Dazu stehen wir in einem engen Dialog mit den Bielefelder Berufskollegs.

F.13. Privatschulen unterstützen

Die Privatschulen in Bielefeld ergänzen das Schulangebot in allen Bereichen und tragen so dazu bei, dass die Stadt Bielefeld den Anspruch aller in Bielefeld schulpflichtiger Schülerinnen und Schüler erfüllen kann. Wir unterstützen daher die Privatschulträger, damit sie auch in Zukunft ihre wichtige Aufgabe erfüllen können, und treten für eine finanzielle Unterstützung der Privatschulträger ein, soweit diese den Zustand der Schulgebäude betrifft.



F.14. Sprache als Kommunikationsmittel

Die deutsche Sprache ist die erste und entscheidende Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, damit unsere Schülerinnen und Schüler, egal ob für sie „Deutsch die Erstsprache“ oder „Deutsch die Zweitsprache“ ist, ihre Schullaufbahn beenden und die deutsche Sprache in Wort und Schrift sicher beherrschen. Mangelnde deutsche Sprachkenntnisse sollen in Bielefeld für keinen jungen Menschen verantwortlich sein für schulisches oder berufliches Scheitern.

Das gilt aber auch für alle übrigen Bielefelderinnen und Bielefelder. Seit vielen Jahren haben wir dem Funktionalen Analphabetismus den Kampf angesagt. Unsere Bemühungen werden wir fortsetzen.

F.15. Schulessen

Mehr als 80% der Bielefelder Schulen werden im Ganzttag geführt. Zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungsfähigkeit müssen die Schülerinnen und Schüler daher unabhängig von der Leistungsfähigkeit ihrer Eltern mit Schulessen versorgt werden. Wir erwarten, dass Schulessen einem gesunden, ökologischen Standard entspricht und den Kindern auch schmeckt.

Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen und Eltern entscheiden sollen, ob das Essen in einer Frischeküche vor Ort, im Cook-and-Chill-Verfahren oder vom „Restaurant gegenüber“ gekocht wird. Der von uns ins Leben gerufene Bielefelder Ernährungsrat hat hierzu Vorschläge gemacht.

F.16. Kommunikation

Aufgrund der originären Aufgaben der kommunalen Schulpolitik und den daraus resultierenden Schwierigkeiten ist es unerlässlich, die Kommunikation, auch die Kommunikationswege mit allen am Schulleben Beteiligten - Familien, Schulen, Träger, Verwaltung und Politik - auszubauen bzw. zu verbessern. Gerade die Corona-Krise hat



aufgezeigt, wie wichtig es ist, diverse Kommunikationsprozesse vorzubereiten und einzuüben, damit diese auch in Ausnahmesituationen effektiv sind.

Entscheidungen müssen schneller getroffen und deren Konsequenzen für alle transparenter werden. Es muss allen Beteiligten jederzeit klar sein, welchen Umsetzungsstand die einzelnen Vorhaben, insbesondere bei Neuanschaffungen, Neu-, Umbauten oder Wartung von schulischen Gebäuden sowie Ausstattungen bzw. Reparaturen, haben.

F.17. Task Force Schule

Wir werden eine „Task Force Schule“ als verlässlichen Ansprechpartner für die Schulen und die Politik einrichten, die den Zustand schulischer Gebäude stetig überprüft, als Mittler zwischen Schulen, Verwaltung und Politik regelmäßig über Mängel informiert und für deren Beseitigung Sorge trägt. Dafür stellen wir ein jährliches Budget zur Verfügung.

F.18. Offener Ganztag

Die Institution OGS ist aus der Bielefelder Grundschullandschaft nicht mehr wegzudenken. Damit der Ganztagsbetrieb kindgerecht stattfinden kann und die angestrebte Versorgungsquote von 75 Prozent erreicht wird, werden wir Grundschulen umbauen bzw. erweitern. Defizite bei Ausstattung, Konzeption oder Versorgung müssen angepackt werden. Die Qualitätskriterien für die OGS-Betreuung werden für Träger, Schulen und Eltern verbindlich und nachvollziehbar festgelegt.

F.19. Schulsozialarbeit

Die Träger der Schulsozialarbeit an den Bielefelder Schulen müssen ihre bisher entwickelten Konzepte weiter auf die einzelnen Standorte abstimmen und verfeinern, damit in Zukunft den beteiligten Trägern, SozialarbeiterInnen, Schulen und Familien klar ist, welche Aufgaben sie erfüllen sollen bzw. können.



G. Kultur

Kultur und Kulturförderung sind für die CDU keine „Freiwillige Aufgabe“ der Kommune, sondern vielmehr unverzichtbarer Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Das kulturelle Angebot Bielefelds stellt einen wichtigen Standortfaktor dar, sowohl in der Stadt, als auch in den Stadtbezirken. Es ist das Ziel der CDU, die Vielfalt zu erhalten. Vor dem Hintergrund knapper Finanzen müssen neue Wege erkundet werden. Das Stadttheater und das Theater am Alten Markt mit den drei Sparten Schauspiel, Musik und Tanz, die Kunsthalle mit überregional beachteten Ausstellungen sowie die Kunst- und Musikschule sind drei von vielen Institutionen, die wesentlich zum guten Ruf Bielefelds als Kulturstadt beitragen.

Dafür setzt sich die CDU ein:

- Umzug des NAMU zur Vervollständigung des Museumsparkes in den Ravensberger Park
- Sicherung des Fortbestandes des neu geschaffenen Kulturhauses
- Förderung einzelner Organisationen (Musikverein, Chöre), sowie die Stärkung der freien Theaterszene
- PopUp-Gallerys, Plakative und Subkultur an frequentierten Stellen
- Legale Graffitiwände

G.1. Stärkung der freien Theaterszene

Die freie Theaterszene leistet einen wertvollen Beitrag, um die Vielfältigkeit in der Bielefelder Kulturlandschaft aufrecht zu halten. Es ist wichtig, auch die freie Theaterszene finanziell zu unterstützen, dabei sollte die freie Kultur- und Theaterszene auf Fördermaßnahmen hingewiesen werden.

G.2. Organisation des Kulturamtes

Auf das Kulturamt kommen in Zukunft noch einige wichtige Aufgaben zu. Wir halten es für sinnvoll, das Kulturamt neu zu gliedern.



G.3. Kultur in den Stadtbezirken

Kultur lässt sich nicht nur gesamtstädtisch betrachten, sondern muss auch immer stadtteilspezifisch in den Blick genommen werden. Verantwortlichkeiten vor Ort spielen eine wichtige Rolle. Kulturell ausgerichtete Vereinigungen und Einrichtungen sollen Zugangsmöglichkeiten zu Räumlichkeiten in den Stadtbezirken erhalten.



H. Sport

Bielefeld ist eine sport- und bewegungsfreundliche Stadt. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels und des sich daraus ergebenden Veränderungsbedarfs durch neue Sportbedürfnisse (Gesundheitssport für Ältere, Freizeitsport, Sport auf Sportanlagen), ist eine moderne, nachhaltige Sportplanung unter Einbeziehung des Stadtsportbundes und der Bielefelder Vereine unabdingbar. Wir unterstützen die Interessen von bewegungsfreudigen Menschen in Bielefeld. Die Stadt Bielefeld unterhält, saniert und baut Sportstätten, die den Vereinen/ Schulen zur Verfügung gestellt werden. Für den selbstorganisierten Sport unterhält und baut die Stadt Bielefeld Sportgelegenheiten, die jeder unentgeltlich nutzen kann.

H.1. Digitalisierung aller Sport- und Bewegungsräume

Die Ziele der Bielefelder CDU bestehen darin, das Sportamt der Zukunft zu gestalten. Das Sportamt hat vielfältige Aufgaben, z. B. Verwaltung der Sportplätze, Unterstützung vereinseigener Sportstätten oder Sportförderung. Berücksichtigt werden muss das neue Sportverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Heutzutage kommt es auf die Vielfalt von Sportformen oder Sporträumen an. Neue und geänderte Sport- und Bewegungsräume erfordern eine Anpassung an die Bedürfnisse der Nutzer. Der Verlust der Monopolstellung bei der Vereinsentwicklung erfordert eine notwendige Ansprache neuer Zielgruppen und die Voraussetzung auf den Zugriff kommunaler Datensätze. Dies ist erforderlich für Transparenz, Übersicht und Zeiteinsparung in der Bearbeitung. Die Digitalisierung erfasst alle Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes. Es soll ein schneller Überblick bei Anliegen der Nutzer erfolgen. Die Transparenz für Vereine, Bürger, Verwaltung, den Stadtsportbund und der Politik würde die Arbeit erleichtern. Es wäre ein digitales, übersichtliches Serviceportal.

Der Vorteil darin besteht in der Erfassung von Sport- und Bewegungsräumen in einem kommunalen Sportstättenkataster. Alle Sportstätten müssen insgesamt erfasst werden (z. B. Zustand, mögliche Nutzung, tatsächliche Nutzen oder Kosten der Unterhaltung). Ziel ist es, daraus eine Orientierung für Bewegungsinteressierte, eine Vernetzung von Sportvereinen, Schulen und Individualsportlern zu erhalten.



H.2. Baulicher Zustand von Sporthallen und Plätzen

Es ist wichtig, den baulichen Zustand von Sporthallen und Plätzen zu erhalten bzw. zu verbessern, um die weitere Nutzung durch Vereine und Privatpersonen gewährleisten zu können.

H.3. Schwimmen lernen in Bielefeld

Besonders am Herzen liegt uns „Schwimmen können“. Wir verfolgen das Ziel, dass jedes Kind nach der Grundschulzeit schwimmen kann.

H.4. Neue Flächennutzung im Sport

Dieses Ziel lässt sich zusammen mit diversen Akteuren wie dem Sportamt, Stadtplanern, Landschaftsarchitekten und der Politik erreichen. Städte brauchen motivierende Aktivitätsräume. Es gibt viele ungenutzte Flächen, die frei zugänglich sind. Sport auf dem Sportdach könnte zukünftig bei vielen Neubauten umgesetzt werden. Nicht genutzte Flächen können ebenfalls in Sportflächen für alle umgebaut werden. Ziel ist es, vielfältige und erfolgreiche Aktivitätszonen zu errichten, die einladend und motivierend sind mit niedrigen Einstiegsbarrieren.



I. Digitalisierung

Der Prozess der Digitalisierung durchdringt alle Bereiche der Gesellschaft. In der Wirtschaft, im Arbeits- und Privatleben, aber eben auch in der Verwaltung schreitet die Digitalisierung mit einer Geschwindigkeit voran, die es so zuvor noch nicht gegeben hat. Es handelt sich um eine historische Revolution, der sich kein einzelnes Land, kein Unternehmen und kein Bürger entziehen kann. Diesen Wandel gilt es aber nicht nur auf globaler und nationaler Ebene zu steuern und zu gestalten, sondern auch auf kommunaler Ebene. Die CDU Bielefeld begreift die Digitalisierung als Chance für die Stadt Bielefeld, neue Wege erfolgreich einzuschlagen und alte Wege erfolgreich weiterzugehen. Die CDU Bielefeld sieht in der Digitalisierung keinen Selbstzweck, sondern möchte den digitalen Fortschritt und die Innovation in den Dienst der Menschen stellen. Wir sind überzeugt: Die Stadt Bielefeld als moderne, zukunftsorientierte Großstadt muss mehr Anstrengungen im Bereich der Digitalisierung unternehmen und eine Vorreiterrolle in Deutschland einnehmen! Dabei sind auch klassisches Bürgerbeteiligungsverfahren durch digitale Angebote zu ergänzen und so auch für junge Bielefelder attraktiv zu machen.

I.1. Digitalisierung der Verwaltung

Dezernat für Digitalisierung

Um die nötigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, bedarf es die nötigen strukturellen und personellen Voraussetzungen. Die CDU Bielefeld spricht sich für die Schaffung eines Digitalisierungsdezernats aus. Dadurch ist die Verantwortung für das wichtige Thema mit einer Dezernentin oder einem Dezernenten als Teil des Verwaltungsvorstandes klar benannt und kann mit der nötigen personellen Kompetenz als Querschnittsaufgabe vorangetrieben werden. Dabei gilt es, auch innerhalb der Verwaltung für den Prozess der Digitalisierung zu werben. Dafür muss eine für Digitalisierung offene Kultur bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung geschaffen werden.

Infrastruktur

Neben den personellen und kulturellen Voraussetzungen muss auch die notwendige Infrastruktur in der Verwaltung geschaffen werden. Dabei geht es zum einen um die



Ausstattung mit zeitgemäßer Hardware wie aktuellen Notebooks und PCs für die Mitarbeiter der Verwaltung. Aber auch die Einrichtung von Software für Video-Konferenzen, Online-Datenbanken und die Möglichkeit, aus dem Home-Office arbeiten zu können, sind Anforderungen an die heutige Arbeitswelt. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollten dabei auch vor der Ausschuss- und Gremienarbeit nicht Halt machen. Diese gilt es zu prüfen und umzusetzen.

Digitalisierungsausschuss

Die CDU Bielefeld begrüßt den gegründeten Digitalisierungsausschuss. Damit ist ein erster Schritt getan und die Wahrnehmung der Bedeutung des Themas für Gesellschaft, Politik und Verwaltung wird erhöht.

Digitalisierung der städtischen Gesellschaften

Nicht nur die Stadtverwaltung selbst, sondern auch die städtischen Gesellschaften wie z.B. die Stadtwerke, Sparkasse, MoBiel und BiTel sind von den Entwicklungen der Digitalisierung betroffen und müssen sich für die Zukunft digitaler aufstellen, um zukunfts- und konkurrenzfähig zu sein. Die CDU Bielefeld setzt sich dafür ein, dass in den Gesellschaften der Stadt die digitale Kompetenz in Form von Benennung der Zuständigkeit in den Vorständen (Chief Digital Officer) und der Einrichtung von Abteilungen, die die digitale Transformation begleiten und steuern, sichergestellt wird.

I.2. E-Government

Bürgerportal

Die Digitalisierung bietet ein enormes Potenzial für eine bürgerfreundlichere Verwaltung. Durch die Einführung einer digitalen Verwaltung in Form eines zeitgemäßen E-Governments lassen sich viele Vorgänge zwischen der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern durch digitale Kommunikation abwickeln. Der Gang zum Amt oder in die Bürgerberatung wird zunehmend überflüssig und sowohl die Verwaltung, als auch die



Bürgerinnen und Bürger sparen Zeit und Kosten. Personaleinsparungen und Verschlinkungen von Prozessen sind möglich. Das langfristige Ziel muss das digitale und papierlose Rathaus sein.

Die CDU Bielefeld setzt sich daher für eine schrittweise digitale Umsetzung von Verwaltungsvorgängen ein. Denkbar ist die Umsetzung in Form eines Bürgerportals. Ein digitales Bürgerportal ist für viele Bürgerinnen und Bürger in der heutigen Arbeitswelt unabdinglich, um die Angebote und Dienstleistungen der Stadt effektiv nutzen zu können. Überdies könnten so lästige Aufenthalte in den Bürgerberatungen auf ein Minimum reduziert werden. Dies ermöglicht nicht nur den Bürokratieabbau, sondern spart im Sinne des Bürgers Zeit und Geld. Die digitale Abwicklung des Bewohnerparkausweises ist der erste richtige Schritt. Auch ein Chatbot soll zukünftig Anfragen beantworten können.

Dabei gilt der formulierte Grundsatz, dass die Digitalisierung kein Selbstzweck ist. Für alle Alters- und Nutzergruppen wird es auch in Zukunft vor Ort Beratung und Service geben. Wer den digitalen Weg nicht nutzen kann oder möchte, wird auch weiterhin den persönlichen Kontakt zu den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern finden.

Kündigungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung als Folge der Digitalisierung sollen vermieden werden.

Das Bürgerportal bietet zusätzlichen Nutzen für die Bielefelderinnen und Bielefelder. Es bietet die Möglichkeit, die Bürgerbeteiligung zu verschiedensten Fragestellungen zu ermöglichen und kann gleichzeitig eine Plattform sein, auf der Serviceangebote der Stadt, der freien Träger und anderen Organisationen und Vereine an einem Ort gebündelt abrufbar sind.

I.3. Digitalisierung der Stadtgesellschaft

Die CDU Bielefeld sieht es als Aufgabe der Stadt an, die Bürgerinnen und Bürger über das Thema Digitalisierung aufzuklären und den Prozess der zunehmenden Digitalisierung des Alltags gemeinsam zu gestalten. Dazu begrüßt die CDU Bielefeld die Gründung eines Digitalisierungsbüros, welches eine Kultur des digitalen Aufbruchs in der Stadtgesellschaft erzeugt und begleitet. Dabei ist die Stadtgesellschaft in die Arbeit einzubeziehen. Der „Digitale Aufbruch Gütersloh“ kann dafür ein Beispiel sein.



Digitale Bildung

Eine Grundvoraussetzung für einen sicheren und angemessenen Umgang mit der Digitalisierung und den dadurch zur Verfügung stehenden Medien ist das Erlernen der dafür nötigen Fähigkeiten und Kompetenzen. Die CDU Bielefeld möchte die Lehrerfortbildung in unserer Stadt mit dem Angebot freiwilliger Digitalwerkstätten fördern. Dort können sich die Pädagogen die nötigen Kompetenzen aneignen, die beim digitalen Unterricht unterstützen können. Auch den Schülern sollen die Digitalwerkstätten für die spielerische Aneignung digitaler Kompetenzen offenstehen. Dabei soll das Hoheitsgebiet des Landes in der Schulpolitik nicht berührt werden. Die digitale und zeitgemäße Ausstattung der Bielefelder Schulen liegt in städtischer Hand und muss sichergestellt werden.

Digitale Bildung ist eine wichtige städtische Aufgabe über alle Generationen hinweg. Das Digitalisierungsbüro soll in Zusammenarbeit mit der einzurichtenden Digitalwerkstatt und der Volkshochschule altersgerechte Angebote schaffen.

Open Data

Die Verfügbarkeit von Daten ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Zukunft und ein Schritt der Transparenz. Die Stadt Bielefeld und ihre Tochtergesellschaften stellen, wenn möglich, nicht sensible und anonyme Daten zur Verfügung. Diese Daten, zum Beispiel Verkehrsdaten, sollen der Wirtschaft, der Wissenschaft und Bürgern zur Verfügung stehen, um darauf aufbauend Innovationen in und für unsere Stadt zu schaffen.

Open Innovation City

Die CDU Bielefeld hat das Ziel, Bielefeld für Innovation zu öffnen. Dazu unterstützt und fördert die Stadt Bielefeld wo nur möglich das Projekt der „Open Innovation City“, das von der FHM, der Founders Foundation, dem Pioneers Club und OWL Maschinenbau ins Leben gerufen wurde. Dabei soll durch das Projekt ein für Innovationen günstiges Umfeld geschaffen werden. Dies geschieht im internationalen Austausch von Unternehmen und Start-Ups.



Digitalisierung der Wirtschaft

Die Bielefelder Unternehmen sind innovativ und schaffen Arbeitsplätze. Ein wesentlicher Standortfaktor für die Wirtschaft ist die digitale Infrastruktur. Damit die Bielefelder Wirtschaft auch im digitalen Zeitalter erfolgreich sein kann, ist sicherzustellen, dass alle Bielefelder Unternehmen den Zugang zu einer zukunfts- und innovationsfähigen Infrastruktur in Form eines zeitgemäßen Glasfasernetzes erhalten.

Start-Ups

Durch private und öffentliche Aktivitäten hat sich Bielefeld in den letzten Jahren zu einem attraktiven Standort für Start-Ups mit B2B- und IoT Fokus entwickelt. Die CDU Bielefeld wird die Aktivitäten weiter fördern und die Rahmenbedingungen für Start-Ups weiter verbessern. Neben zusätzlichen kostengünstigen Flächen und Räumen, die für die Gründung digitaler Start-Ups bereitgestellt werden müssen, bedarf es auch dem vereinfachten Zugang zu Wachstumskapital. Wie andere regionale Sparkassen, sollte auch die Bielefelder Sparkasse sich an regionalen Venture Capital Fonds beteiligen. Auch eine bessere Verzahnung zwischen Universität, Initiativen und der Verwaltung sollte sichergestellt werden. Ziel ist die „Gründerstadt Bielefeld“.

Eine wesentliche Erleichterung bei der Gründung von Unternehmen ist eine verbesserte Kommunikation mit der Verwaltung bzw. den Behörden. Die CDU Bielefeld möchte Behördengänge erleichtern und setzt sich für ein one-face-to-the-customer-Angebot ein. Dabei soll es eine zentrale Anlaufstelle geben, die die Abwicklung mit dem Ordnungsamt, mit dem Finanzamt und dem Amtsgericht übernimmt. Diese Stelle kann beispielsweise bei der WEGE angesiedelt sein.

I.4. Smart-City

Die vernetzte und intelligente Stadt zielt darauf ab, die Fortschritte der technologischen Entwicklungen für sich zu nutzen. Die Voraussetzung dafür ist der Aufbau einer Infrastruktur, die das strukturierte Sammeln und Auswerten von relevanten Daten ermöglicht.



Viele Probleme im Verkehrsbereich wie lange Staus zu Stoßzeiten, die damit verbundene Überschreitung von Schadstoffgrenzwerten oder auch ein nicht benutzerfreundlicher ÖPNV lassen sich durch die Smart City angehen. Durch das Screening des Verkehrsraums sowie der Verwendung benutzergenerierter und anonymer Daten lassen sich Verkehrsströme in der Stadt leiten und verringern so das Stauaufkommen. Ein Beispiel kann auch die Digitalisierung der Abfallentsorgung durch bedarfsorientierte Routenoptimierung und Mülltonnen mit Wiege-Erkennungssystemen sein.

Bielefeld-App – Eine App für alles

Eine digital vernetzte Stadt braucht eine App, in der verschiedene Informationen zusammenlaufen und Funktionen möglich sind: Wie z.B. durch die Einbindung des Angebots „Jelbi“, das dem Nutzer aufzeigt, wie man bei aktuellem Verkehrsaufkommen intelligent von A nach B kommt - ob zu Fuß, mit dem Auto, dem Fahrrad oder dem öffentlichen Nahverkehr. Auch eine Kombination kann das Ergebnis und der Vorschlag an den Nutzer sein.

Die Integration von Routenoptimierung durch Schwarmintelligenz kann den motorisierten Individualverkehr, Busse, Taxis oder die On-Demand-Angebote effizient steuern und entlasten. Neben der intelligenten Verkehrslenkung können auch weitere Angebote der Stadt wie das Bürgerportal über die App in Anspruch genommen werden.

Breitbandausbau, WLAN & 5G

Die Basis für die Smart City ist eine zukunftsfähige und flächendeckende digitale Infrastruktur. Neben einem flächendeckenden Glasfasernetz, auch in den Außenbezirken, braucht Bielefeld auch ein 5G-Netz, welches die Datenübertragung in Echtzeit ermöglicht. 5G ist die Schlüsseltechnologie der digitalen Transformation und der Ausbau beider Netze ist Grundvoraussetzung für alle absehbaren Anwendungen in naher Zukunft: Für das Internet der Dinge, im Verkehrsbereich, in der Medizin und in der Kommunikation. Deshalb setzt sich die CDU Bielefeld für den Ausbau ein, um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sicherzustellen. Dabei gilt es, auch bei der Umsetzung, offen für neue und praktische Ideen zu sein: So können schon heute Straßenlaternen zu 5G-fähigen Antennen werden.



Zusätzlich ist es möglich, diese als E-Ladesäulen und zum Sammeln von Verkehrs- und Bewegungsdaten zu nutzen.

Längst überfällig ist die Bereitstellung des Mobilfunknetzes in den Stadtbahntunneln sowie kostenlosem WLAN auf zentralen Plätzen, in öffentlichen Gebäuden, an Bus & Stadtbahnhaltestellen sowie im ÖPNV.

I.5. Datenhoheit & Verantwortungsvoller Umgang mit Daten

Für die CDU Bielefeld steht dabei fest: Die dafür benötigten Daten gehören in die städtische Hand, die Datenhoheit muss den Bürgerinnen und Bürgern zustehen. Nur durch die Sicherheit der Daten kann eine Akzeptanz in der Gesellschaft für das wichtige Thema der Digitalisierung geschaffen werden. Die Dateninfrastruktur muss ebenfalls in städtischer Hand bleiben, um sie vor Missbrauch zu schützen und nicht zukünftig auf private Anbieter angewiesen zu sein.



J. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

Der menschengemachte Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Als CDU wollen wir Umwelt, Natur und Klima schützen, damit auch unsere Kinder und Enkel in Bielefeld und in unserem Land in einer intakten Welt leben können. Dabei setzen wir auf Nachhaltigkeit: Soziale, ökonomische und ökologische Belange müssen immer wieder neu abgewogen und miteinander in Einklang gebracht werden. Wir wollen die Umwelt schützen und gleichzeitig unseren Wohlstand erhalten. Bei allen Bauvorhaben ist zu prüfen, ob klimaschonende Maßnahmen wie Photovoltaik-Anlagen, Dachbegrünung, Heckeneinfassung von Industriebauten, dazu führen, insgesamt weniger Flächen für A+E Maßnahmen bereitstellen zu müssen.

Die Stadt Bielefeld muss daher mit gutem Vorbild vorangehen und ihren Beitrag leisten. Die CDU Bielefeld steht daher zu der Fortschreibung des Handlungsprogramms Klimaschutz bis 2050. Die Stadt Bielefeld benötigt darüber hinaus ein integriertes Konzept zum Zusammenspiel von Umwelt, Natur, Wohnen, Gewerbe, Wirtschaft, Freizeit und Verkehr. Dabei sollen überzogene ideologische Umsetzungen vermieden werden.

Umwelt – und Klimaschutz ist als eine untrennbare Einheit mit der Stadtentwicklungspolitik zu sehen. Die derzeitige formale Trennung der beiden Ausschüsse lässt eine zukunftsfähige Politik aus einem Guss nicht zu. Wir halten es daher für erforderlich, wieder einen gemeinsamen Ausschuss zur Bearbeitung der wichtigen gemeinsamen Fragestellungen zu bilden.

J.1. Naturschutz

Die Pflege von Wasserläufen und naturnahen Räumen wollen wir auf Antrag privaten Anbietern übertragen, dabei sind Acker- und Bachrandstreifen mit Blick auf den Schutz von Pflanzen und freilebenden Tieren zu schützen.

Wir wollen durch gezielte Flächen- und Stadtentwicklungspolitik den Naturraum erhalten, Naturschutzgebiete und ökologisch wertvolle Landschaftsflächen vernetzen und standortgerecht weiterentwickeln.



Die weitläufigen Grünzüge sind in Bielefeld einzigartig und stadtprägend. Sie tragen aktiv zu einer Verbesserung des Klimas und zur Naherholung in der Stadt bei. Diese gilt es zu pflegen und wie beim Grünen Band weiterzuentwickeln.

Die Einführung der Baumschutzsatzung lehnt die Bielefelder CDU ab. Erhöhte Bürokratie und der Einsatz von Personal führt aus der Erfahrung der Vergangenheit nicht zu mehr Baumschutz.

J.2. Wald

Der Teutoburger Wald ist ein bedeutendes Merkmal unserer Stadt. Die CDU Bielefeld fordert mehr Verantwortungsbewusstsein für unseren Wald als grüne Lunge. Nicht nur als Erholungs- oder Sportfläche ist der Bielefelder Wald anzusehen, der in den letzten Jahren durch Stürme, Trockenheit und Ungezieferbefall sehr gelitten hat, sondern er ist auch ein wichtiger Speicher von klimawirksamem Kohlendioxid, was somit dem Klima hilft. Der Wald liefert uns Holz, frische Luft und sauberes Wasser. Tieren und Pflanzen bietet er Lebensraum, Nahrung und Schutz. Wir setzen dabei auf nachhaltige Forstbewirtschaftung, die künftigen Generationen in gleicher Weise den Wald wie heute zur Verfügung stellt. Die CDU setzt sich für eine aktive Wiederaufforstung des Teutoburger Waldes als Mischwald ein. Dabei ist nicht nur der Stadtwald zu berücksichtigen, sondern auch die Privatwaldeigentümer sind zu unterstützen.

Als wichtiges Steuerungsinstrument erstellt die Stadt alle zwei Jahre einen umfänglichen Waldbericht, der den Rat, seine Ausschüsse, Bezirksvertretungen, aber auch Bürgerinnen und Bürger über die Entwicklung im öffentlichen und privaten Wald informiert. Wir setzen dabei auf die intensivere Einbeziehung des Bielefelder Waldes in die Naturpädagogik, wie auch auf legale Mountain-Bike-Strecken und Reitwege, die den Wald entlasten und schützen werden.

Eine besondere Aufgabe ist die Sicherheit von Förstern und Waldarbeitern durch geeignete Maßnahmen zu verbessern.

Zum Schutz des Waldes und um größere Katastrophen zu verhindern, muss die Feuerwehr technisch angemessen ausgestattet sein und die Wasserversorgung sichergestellt werden.



J.3. Wasserschutz

Sauberes Trinkwasser ist ein hohes Gut, welches wir schützen müssen. Die Versorgung und Sicherstellung der hohen Trinkwasserqualität muss weiterhin durch die Stadtwerke Bielefeld gesichert werden.

Extreme Wetterereignisse wie Starkregen nehmen weiter zu. Um die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt besser zu schützen, wird die CDU dem Hochwasserschutz eine hohe Priorität einräumen.

Darüber hinaus setzt sich die CDU Bielefeld für eine konsequente Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie ein, die sich für eine nachhaltige und umweltverträgliche Wassernutzung einsetzt.

J.4. Artenschutz

Wir werden die Ausweisung von Blüh- und Wildwiesen, die komplexe Lebensräume und Nahrung für viele verschiedene Insekten bieten können, auf geeigneten städtischen Flächen vorantreiben. Insektenhotels können helfen, Insektenarten wie Wildbienen, Hummeln oder Florfliegen im Winter einen Unterschlupf und in den Frühjahrsmonaten eine Stätte zum Brüten zu bieten. Damit Insektenhotels an geeigneten Standorten hängen, hilft die Stadt Schulen, Kindergärten, Bürgerinnen und Bürgern mit Beratung.

J.5. Klima

Energie ist wesentlicher Verursacher von Treibhausgasen, deshalb wollen wir die Energieberatung bei der Stadt ausbauen, gleiches gilt für die energetischen Anforderungen bei Sanierungsmaßnahmen der Stadt. Die Stadt hat sich aufgemacht in Richtung klimaneutraler Energieversorgung. Diesen Weg muss die Stadt konsequent weitergehen. Dazu gehört ein weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien. Weiterhin gehört dazu die Errichtung von Speichermöglichkeiten und Reaktionsmöglichkeiten auf Bedarfsspitzen durch Nutzung u. a. von Gas oder zukünftig Wasserstofftechnologien.

Ein Anteil zur Verbesserung des Klimas wird durch Senkung des Treibstoffverbrauches erreicht, dabei kann der Umstieg auf CO²-neutrale Antriebstechnologien einen



wesentlichen Beitrag leisten. Das wollen wir unterstützen, durch Beratung der Bürgerinnen und Bürger zur E-Mobilität durch Ansprechpartner im Rathaus oder durch Konzepte zum kostenlosen Parken für E-Autos auf öffentlichen Parkplätzen, auf denen auch E-Car-Stationen entwickelt und umgesetzt werden sollen. Ein weiterer Weg unsere Mobilität klimaneutral zu gestalten, ist die Wasserstoff-Technologie. Durch den Gewinn des Bundeswettbewerbes „HyLand“ ist die Stadt Bielefeld auf dem Weg, eine Wasserstoffregion zu werden. Dies will die CDU Bielefeld weiterhin fördern und ausbauen.

Das Stadtklima wird durch Modelle, wie z. B. Urban Gardening, begrünte Dachgärten auf öffentlichen Gebäuden oder City-Trees verbessert. Dabei sind Frischluftschneisen wegen ihrer Wirkung auf das Mikroklima zu erhalten und zu sichern.

J.6. Ernährung

Die Weichen für eine ausgewogene und nachhaltige Ernährung werden bereits im Kindesalter gelegt. Die CDU Bielefeld setzt sich daher für einen roten Faden in der Ernährungsbildung und Verpflegung in Kindergärten und Schulen ein. Bereits im Kindergarten sollen allen Bielefelder Kindern die Vorteile einer gesunden und regionalen Ernährung beigebracht werden. Die Vergabe von Essen in Kindergärten und Schulen soll möglichst an Anbieter mit regionalen Lebensmitteln und kurzer Anfahrt erfolgen.

Der von der Bielefelder CDU und den Bielefelder Landfrauen initiierte städtische Ernährungsrat vernetzt lokale Akteure der Landwirtschaft, Initiativen/Verbände und interessierte Bürger zur Stärkung der regionalen, lokalen, ausgewogenen sowie nachhaltigen Ernährung. Wir begrüßen das ehrenamtliche Engagement und fördern auch zukünftige Initiativen und Kampagnen des Ernährungsrates. Zur nachhaltigen Implementierung der Strukturen und Umsetzung der Ziele, braucht es personelle Unterstützung der Verwaltung und finanzielle Unterstützung. Die Einführung eines lokalen Siegels soll die direkte Vermarktung lokaler Produkte unserer heimischen Landwirtschaft fördern. Die Ausweitung der Kampagne der WEGE „Das kommt aus Bielefeld“ auf landwirtschaftlichen Produkte kann dabei ein erster Ansatz sein.



K. Soziales

Die Sozialpolitik der CDU will ermöglichen, dass jeder Mensch nach seinen individuellen Fähigkeiten am gesellschaftlichen Leben in Bielefeld teilhaben kann. Ist Hilfe notwendig, sollen „Profis“ und Ehrenamtliche angemessene Angebote unterbreiten.

K.1. Senioren / Pflege

Die Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung erfordert eine aktive Seniorenpolitik. Die über 60jährigen Bürgerinnen und Bürger machen einen Großteil der Bevölkerung Bielefelds aus. Aktives Altern und soziale Teilhabe im Alter haben für uns hohe Bedeutung. Der Bielefelder CDU ist es wichtig, Senioren- und bedarfsgerechte Wohnkonzepte, die nicht stationär sind, zu stärken. Dazu gehören u. a.:

- Seniorenwohngruppen
- Wohngemeinschaften und Wohnkonzepte in Altersheimen (Wohnkonzepte im Altersheim mit Studenten zusammen – gegenseitiges Partizipieren der unterschiedlichen Generationen)
- Mehrgenerationenwohnen

Zudem ist es wichtig, Angehörige von pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren durch Angebote von Tages- und Kurzzeitpflege zu entlasten und die Quartiersarbeit vor Ort zu stärken. Die Ausbildung der Pflege in Bielefeld muss weiterhin gewährleistet, gefördert und ausgebaut werden. Der CDU Bielefeld ist es wichtig, jedwede pflegerische Versorgung für alle pflegebedürftigen Menschen zu gewährleisten. Auch die Altersarmut rückt immer stärker in den Fokus. Hier sind Aufklärung und direkte Kommunikation sehr wichtig.

- Größeres Angebot von Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen
- Stärkung der Quartiersarbeit vor Ort
- Aufklärung im Zusammenhang mit Altersarmut



K.2. Kommunale Politik für Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung sollten immer in den Blick genommen werden. Sie brauchen aufgrund ihrer Behinderung häufig in verschiedenen Lebensbereichen Unterstützung, um selbstbestimmt am Leben teilhaben zu können. Diese Unterstützung sollte insbesondere die Leistungen der Eingliederungshilfe gewährleisten (Bundesteilhabegesetz BTHG). Die CDU Bielefeld setzt sich für eine behindertengerechte Politik ein. Dazu gehören:

- Leistungen zur Sozialen Teilhabe wie Wohnen, Freizeit und Mobilität
- Leistungen zur Teilhabe an Bildung
- Leistungen im Arbeitsbereich
- Leistungen zur medizinischen Rehabilitation.

K.3. Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen

Die Kommunikation mit den Sozialverbänden, Trägern und Vereinen ist kein Selbstzweck, sondern erwächst aus unserer Grundüberzeugung der Subsidiarität. Auch in Zukunft wollen wir freien, effektiver arbeitenden Trägern mehr Verantwortung übertragen. Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen schaffen für die betroffenen Vertragspartner Planungssicherheit.

K.4. Sicherheit im Stadtquartier

Unter sozialpolitischen Aspekten und mit Hilfe von sozialen Trägern und der Unterstützung von Sozialarbeitern setzt sich die CDU Bielefeld für die Sicherheit im Stadtquartier ein. Die einzelnen Stadtbezirke sollen für alle Bürgerinnen und Bürger sicher gestaltet werden. Für die Bereiche Kesselbrink oder „Tüte“ im Innenstadtbereich oder auch den Treppenplatz in Brackwede müssen Konzepte gefunden werden, die langfristig dazu beitragen:

- Schaffung von Alternativangeboten und -orten
- Suchtprävention in Bielefeld.



L. Kinder und Jugend

Angesichts der Entwicklung und der sich ändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stehen die Familie und vor allem Kinder und Jugendliche im Fokus unseres politischen Handelns. Die Herausforderung ist, unsere Stadt für Familien noch attraktiver zu gestalten.

L.1. Kindertagesstätten flexibler öffnen

In der kommenden Legislaturperiode will die CDU die Öffnungszeiten in Kindertagesstätten flexibler gestalten, um der veränderten Lebensrealität und den Bedürfnissen der Eltern gerecht zu werden. Es sollen innovative Modelle gefördert werden, um zusätzliche Angebote frühmorgens oder am Abend zu schaffen.

In anderen Kommunen gehen viele Kindertagesstätten Kooperationen mit Unternehmen ein und passen ihre Betreuungszeiten den Arbeitszeiten der Eltern an. Auch Übernachtungen von Kindern von z. B. Klinikpersonal oder Schichtarbeitern sind dann möglich, da die Kita direkt in das Unternehmen integriert ist.

Ziel ist es, mindestens eine Kita je Stadtbezirk mit flexiblen Öffnungszeiten anzubieten und in unterversorgten Stadtbezirken neue Kitas/ Betriebskitas zu errichten.

L.2. Qualitätskita

Die Kita ist für Kinder für viele Stunden des Tages Lebens-, Spiel-, Erziehungs-, Lern- und Bildungsstätte. Daher ist es wichtig, eine gute Betreuungsquote in den Kindertagesstätten zu erreichen. Dies setzt eine ausreichende Anzahl an Erzieherinnen und Erzieher voraus, die sich Zeit nehmen können, um sich um alle Kinder gut kümmern zu können. Jedes Kind ist anders und hat seine eigene Persönlichkeit. Die CDU Bielefeld setzt sich für kleine Gruppen und viel Personal in den Kindertagesstätten ein. Zudem müssen die Ausstattungen der Kitas den heutigen Anforderungen entsprechen, damit Kinder spielen können, gefördert und gefordert werden. Erst wenn die Betreuungsquote und die Qualitätsstandards stimmen, können – nach Kassenlage- die Elternbeiträge ganz entfallen.



L.3. Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die Überprüfung der traditionellen Angebote und Standorte, z. B. des JZ Kamp, ist sinnvoll. Eine eventuelle Mitnutzung durch Dritte, z. B. Stadtteilzentren könnte Vorteile in der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit sich bringen. Zudem sollten mehr mobile Angebote geschaffen und die lokale Jugendarbeit im Internet ausgebaut werden.

L.4. Jugendpolitik

Die Stimme der jungen Generation muss mehr Gehör finden. Knapp ein Viertel der Bielefelderinnen und Bielefelder ist 18 Jahre oder jünger, ein Drittel ist unter 30 Jahre alt. Die Interessen und Ideen der jungen Menschen müssen in den politischen Prozess stärker einfließen. Die CDU Bielefeld fordert, dass durch die Stadt zu prüfen ist, durch welche Möglichkeiten der politischen Mitsprache über neue Plattformen oder Gremien der jungen Generation mehr politische Partizipation ermöglicht werden kann. Ziel muss es sein, dass Bielefeld eine jugendgerechtere Stadt wird.

L.5. Suchtprävention

Die Zahl der stark alkoholisiert eingelieferten Kinder und Jugendlichen wurde deutlich reduziert. Probleme bereiten „Neue Psychoaktive Substanzen“ (NPS) wie „legal highs“. Ziel ist es, die Erarbeitung und Ausgestaltung von niedrighschwelligen und attraktiven Angeboten mit Trägern zu schaffen. Vorbild könnte das Cannabispräventionsangebot „High School“ sein, dass sich in Bielefeld speziell an straffällig gewordene, jugendliche Konsumenten richtet.

Auch die nichtstoffliche Sucht wie z. B. Internet-, Video- und Glücksspielsucht nimmt unter Jugendlichen stark zu. Hier ist es entscheidend, Beratungsangebote zu stärken. Auch die Zusammenarbeit mit Medienpädagogik/ Medienwissenschaft an der Universität kann helfen. Hier werden Inhalte für Eltern erarbeitet, die über aktuelle Videospiele aufklären und aufzeigen, welche Chancen und Risiken durch Videospiele entstehen.



Jugendliche sind besonders durch (Sport-) Wetten den Gefahren einer Glücksspielsucht ausgesetzt. Die Bielefelder CDU setzt hier in Zusammenarbeit mit Bielefelder Sport- und Fußballvereinen auf eine gute Aufklärung.



M Stadtbezirke

Für die CDU sind die zehn Stadtbezirke lebendige Orte, in denen Bürgerinnen und Bürger hautnah mit ihren Bezirkspolitikerinnen und -politikern aufeinandertreffen und sich austauschen. Das wollen wir erhalten und ausbauen, indem wir die Aufgaben und Zuständigkeiten der Bezirke für die Menschen vor Ort erweitern. Dabei werden wir darauf achten, dass die Kompetenzen der Bezirksvertretungen durch die Stadtverwaltung beachtet werden.

Die Ordnungspartnerschaft zwischen Polizei und Stadt wird in den Stadtbezirken bedarfsgerecht ausgebaut. Gemeinsam mit den Bezirkspolitikern, die über hervorragende Ortskenntnisse verfügen, sollen Polizei und Stadt ein ganzheitliches Ordnungs- und Sicherheitskonzept erarbeiten.

Die wichtigen dezentralen Einrichtungen der täglichen Versorgung in den zehn Stadtbezirken, wie der örtliche/lokale Einzelhandel oder die medizinische Versorgung vor Ort, werden gestärkt und unterstützt, um die Attraktivität der Stadtbezirke auch in Zukunft zu erhalten.

Herausgeber

CDU Bielefeld
Turner Str. 5-9
33602 Bielefeld

info@cdu-bielefeld.de
www.cdu-bielefeld.de

facebook.com/cdu.bielefeld
instagram.com/cdubielefeld
youtube.com/cdubielefeldtv